Tageblatt für Politik.
Unterhaltung. Geschäftsverkehr. Börsenberichte. Fremdenliste.
[illegible]
33. Jahrgang.
Aufl. 46,000 Exempl.

# Dresdner Nachrichten

Dresden, 1888.

**Meyer's** Schlafröcke, Joppen, Saccos, Blousen, Havelocks, Mäntel in allen Arten und Preisen.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von S. Meyer jun., Frauenstrasse 4 u. 5.

**Neueste Börsen-Telegramme.**

**Stettin**, 1. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen fest, loco 172–175, pr. Mai-Juni 176,00, Juni-Juli 177,50, Septbr.-Octbr. 177,50. Roggen fest, loco 112–115, pr. Mai-Juni 117,00, Juni-Juli 120,50, Sept.-Oct. 123,00. Pommerscher Hafer loco 116–125. Rüböl geschäftsl., Mai-Juni 47,00, Sept.-Oct. 47,00. Spiritus fest, loco ohne Faß 50er 51,60, 70er 32,90, Mai-Juni 70er 32,90, Aug.-Septbr. 34,20. Petroleum loco verzollt 11,75.

**Breslau**, 1. Mai. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Ltr. 100% excl. 50 Vbr. Verbrauchsabgabe per Mai-Juni 49,10, Juni-Juli 50,10, August-Sept. 52,00. 70 Vbr. Mai-Juni 30,60. Roggen per Mai-Juni 118,00, Juni-Juli 120,00, Sept.-Oct. 127,50. Rüböl loco Mai-Juni 47,00. Zink: umsatzlos. Wetter: Prachtvoll.

**Tapeten.**
Grösste Auswahl, billigste aber feste Preise.
**Franz Schlote,**
im Café Passage, Ecke Johannesstrasse.

**W. Höffert,**
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

**Hermann Jung,**
Marchand Tailleur.
19 König Johann-Strasse 19.

Prof. Dr. Jäger's **Normal-Anzüge,** genau nach Maaß, **Tricot-Stoffe,** von 10 Mark an per Meter. Jean Schieme Nachf., Neustädter Rathhaus.

**Nr. 123.** Spiegel: Braunschweigische Thronfolgefrage und Königin Victoria, die beiden Bismarcks, Reichstagswahl Altena-Iserlohn. Hofnachrichten, Schulunterrichtsstunden, Gerichtsverhandlungen. Eröffnung der Akademischen Kunstausstellung. **Mittwoch, 2. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Ob es wohl wahr sein mag, daß die Braunschweigische Thronfolgefrage von der Königin von England bei ihrem Aufenthalt in Berlin aufgeworfen wurde? Nach übereinstimmenden Berichten mehrerer Blätter soll diese Angelegenheit sogar den Hauptinhalt der Unterredung zwischen der englischen Königin und dem deutschen Reichskanzler gebildet haben. Das schließt nicht aus, daß möglicherweise in den nächsten Tagen ebenso glaubwürdig versichert wird, an der ganzen Geschichte sei kein wahres Wort gewesen. Der erste Fühler, der die englische Königin als Fürsprecherin der Welfen-Ansprüche auf den Braunschweiger Herzogshut ankündigte, wurde von der ultramontanen Presse gemacht. Unwahrscheinlich ist die Sache keineswegs. Die Königin von England hat sich von je des Welfenhauses, dem sie ja entsprungen, angenommen. Als der letzte Herzog von Braunschweig starb, waren ihre Bemühungen besonders eifrig, ihrem welfischen Vetter, dem Herzog von Cumberland, wenigstens auf den Thron Braunschweigs zu verhelfen. Ob sie sich bemühte, denselben zu einem Verzicht seiner Ansprüche auf den Thron von Hannover zu bewegen oder ob dies jetzt von der bekannten gesinnungstüchtigen deutschfreisinnigen Presse blos so dargestellt wird, um der Einmischung der englischen Königin in eine reindeutsche Angelegenheit einen gefälligeren Anstrich zu geben, das stehe dahin. Erfolg hat damals die Königin bei ihrem starrsinnigen Vetter nicht gehabt. Der Herzog von Cumberland weigerte sich hartnäckig, in ausdrücklichen Worten auf seine hannöverschen Ansprüche zu verzichten; er meinte, daß, wenn er als Herzog von Braunschweig die Reichsverfassung anerkenne, damit indirekt der von ihm geforderte Verzicht ausgesprochen sei. Umgekehrt ist es bekannt, daß Fürst Bismarck die Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig unter allen Umständen als eine Gefahr für den inneren Frieden des Reiches betrachtet und sie selbst dann nicht befürworten möchte, wenn der Herzog in aller Form auf die hannöversche Krone verzichten würde. Zwischen diesen beiden sich schroff gegenüberstehenden Standpunkten soll nun, wie es heißt, die englische Königin eine Vermittelung angestellt haben. Es heißt weiter, als Brücke zur Verständigung habe sie die Herausgabe des von Preußen beschlagnahmten Vermögens des vormaligen Königs von Hannover an seinen Sohn, eben den Cumberland, in Vorschlag gebracht. Wiederholt hat Fürst Bismarck dazu sich bereit erklärt, den sogenannten Welfenfonds (der an die 20 Mill. Thaler beträgt) zurückzuerstatten, aber nur gegen den feierlichen und endgiltigen Verzicht Cumberlands auf Hannover **und** Braunschweig. Nur hierauf kann der von der englischen Königin angebahnte Versuch einer Verständigung hinaus gelaufen sein, falls er geglückt sein sollte. Ob aber die Königin dabei auf eigene Hand vorging, oder sich im Einverständnisse mit ihrem welfischen Vetter befand, wer soll das wissen? Im letzten Falle würde ein selbstständig unternommener Verständigungsversuch ganz sicher zuletzt an der Unbeugsamkeit Cumberlands scheitern. Nur soviel ist klar, daß in dem Augenblicke, da die Nachkommen des Königs Georg darauf verzichten, die aussichtslose Rolle von Thronbewerbern in Deutschland weiter zu spielen, aus unserem politischen Leben eine Parteiung verschwinden würde, deren Fortbestand nicht als ein Segen für das mühsam geeinte Reich bezeichnet werden kann. Nicht ganz überflüssig dürfte zum Schlusse noch der Hinweis sein, daß die Warnung vor fremden Einflüssen in die deutschen Verhältnisse auch durch diese Vorgänge eine neue Bekräftigung erhalten hat.

In der deutschfreisinnigen Presse sucht man natürlich vergebens nach einem einzigen Worte zu Gunsten der Unabhängigkeit des Deutschen Reichs von Einflüssen jeder Art. Statt dem deutschen Nationalbewußtsein auch in der braunschweigischen Frage zu seinem Rechte zu verhelfen, hat es die Zeitung Eugen Richters viel nothwendiger, die lächerliche Frage aufzuwerfen: Ist die Kanzlerwürde erblich? und darüber tiefsinnige Betrachtungen anzustellen. Wurmte es die Deutschfreisinnigen schon ganz gewaltig, daß die Kanzlerkrisis nicht mit der Entlassung Bismarcks, sondern damit endete, daß Kaiser Friedrich in allen Stücken der Auffassung und den Vorschlägen seines Kanzlers beitrat, so ist es unsern herrlichen Freisinnigen nun vollends außerm Spaß, daß der Kaiser ihn mit Gnadenbeweisen überhäufte. Und nun hat er gar Bismarcks Sohn zum preußischen Staatsminister gemacht! Vater und Sohn, beide in einem und demselben Ministerium, unerhört, schauderhaft, höchst schauderhaft! Das ist noch nicht dagewesen, hört man verzweiflungsvoll ausrufen. Ganz Recht — ein Bismarck ist überhaupt noch nicht dagewesen. Uebrigens wurde schon nachgewiesen, daß die Geschichte Englands in den beiden Pitts einen ähnlichen Vorgang enthält. Dem Grafen Herbert Bismarck wird seine große Jugend zum Vorwurf gemacht. Gewiß, er ist der Benjamin aller deutschen Minister. Auch hat er eine beispiellos reiche Laufbahn hinter sich. Mit 24 Jahren in den Staatsdienst getreten, hat er, nachdem er 1874 als Gesandtschaftsattaché in München in die Diplomatenzunft getreten ist und als Gesandtschaftssekretär und Legationsrath in Bern, Berlin und London gearbeitet hat, es zum Gesandten im Haag gebracht. Er wurde 1884 Unterstaatssekretär, 1886 Staatssekretär im Auswärtigen Amte und soeben noch außerdem preußischer Minister. Wer dächte nicht an das Sprichwort von Dem, der den Papst zum Vetter hat? Zuletzt kommt aber doch Alles darauf an, ob Graf Herbert der Stellung, zu der ihn der Arm seines Vaters beförderte, gewachsen ist und ob er seine Aemter so ausfüllt, wie es das Reichswohl erfordert. Wer will darüber urtheilen? Eugen Richter und seine Partei ist gewiß nicht zu einem entscheidenden Urtheil berufen. Auch den übrigen Menschen, die keinen Einblick in die Fähigkeiten und Leistungen des jungen Diplomaten haben, können unmöglich aus eigener Wissenschaft sich ein Urtheil anmaßen. Wenn man aber weiß, welche glückliche Hand Fürst Bismarck in der Wahl seiner diplomatischen Mitarbeiter und Werkzeuge von je hatte, dann kann man unmöglich annehmen, daß er von solcher blinder Vaterliebe befangen sei, einen seinen Aemtern nicht gewachsenen Mann (das giebt Richters Zeitung zu verstehen) hierzu zu befördern. Der selbstlose Patriotismus, der den Reichskanzler stets ausgezeichnet hat, würde unter allen Umständen stark genug gewesen sein, begreifliche Regungen des Vaterherzens zum Schweigen zu bringen. Es gehört aber zu den jetzt üblichen Verdächtigungen, auch in diesem Falle wieder, Bismarcken was am Zeuge zu flicken. Der „nunmehr 73 Jahre alte Reichskanzler" widmet offenbar den Herren Freisinnigen schon viel zu lange seine Kräfte dem Vaterlande; daß er sich jetzt eine Stütze sucht, sollten sie daher eigentlich willkommen heißen, statt darüber zu spotten, daß die Besorgung der auswärtigen Angelegenheiten nachgerade „ein Familienrecept von Vater und Sohn" zu werden drohe. Die blanke Vaterlandslosigkeit unserer englischgesinnten Krummbuckeldemokraten guckt in diesem blöden Bismarckhasse heraus.

In dem westfälischen Wahlkreis Altena-Iserlohn hat am Sonnabend eine Nachwahl zum Reichstage stattgefunden. Sie ist so ausgefallen, wie man erwartete: es kommt zu einer Stichwahl. Der bis dahin stets fortschrittlich vertretene Wahlkreis war im Februar 1887 von den Nationalliberalen mit einer kleinen Mehrheit von nicht ganz Hundert Stimmen erobert worden. Erstere hatten im Verein mit den Conservativen 12,318 Stimmen aufgebracht, die Deutschfreisinnigen und die mit ihnen verbündeten Clericalen gaben 10,517 Stimmen, die Sozialdemokraten 1629 Stimmen ab. Der mit so schwacher Mehrheit gewählte Nationalliberale legte sein Mandat nieder, es war eine Nachwahl erforderlich. Dabei zogen es die Clericalen vor, einen eigenen Candidaten aufzustellen, der 1365 Stimmen erhielt; der Sozialdemokrat erhielt 2328, die beiden Hauptparteien gaben für den Nationalliberalen Herbers 8762 und für den freisinnigen Dr. Langerhans 8250 Stimmen ab. Letztere beide kommen zur Stichwahl, deren Ausgang schon jetzt unzweifelhaft ist. Selbst wenn sich die Sozialdemokraten der Wahl enthalten, wird doch Dr. Langerhans gewählt, da ihm in der Stichwahl die clericalen Stimmen zufallen. Die Fortschrittspartei lebt also wiederum nur von der Gnade der Clericalen. Höhnisch weisen die Deutschfreisinnigen darauf hin, daß die staatserhaltenden Parteien jetzt 4000 Stimmen weniger aufgebracht hätten. Die Thatsache ist richtig, sie ist sehr zu beklagen. Aber es wiederholt sich auch hier die alte Erfahrung, daß bei Nachwahlen die staatserhaltenden Parteien es an dem nöthigen Eifer fehlen lassen und die staatsfeindlichen Parteien rühriger und deshalb im Vortheile sind. Offen wurde von letzteren erklärt, ein Freisinniger müßte bei einer Stichwahl zwischen einem „Kartellbruder" (also einem Nationalliberalen oder einem Conservativen) und einem Sozialdemokraten unbedingt dem Letzteren seine Stimme geben. Mit solchen Mitteln also bettelt der Freisinn um Stimmen. Es kam aber noch besser! Der deutschfreisinnige Wahlagitator Dr. Hermes verstieg sich zu der dreisten Lüge: niemals habe ein Deutschfreisinniger für das Sozialistengesetz gestimmt. Und doch weiß jedes Kind, daß im Jahre 1884 nicht weniger als 27 Deutschfreisinnige für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmten und daß nur durch die Hilfe der Freisinnigen die Verlängerung zu Stande kam. Ja, Dr. Hermes hat selbst an seine Parteigenossen die Briefe geschrieben, wonach sich außerdem noch eine Anzahl derselben der Abstimmung im Reichstage enthalten mußte, um die Mehrheit für das Gesetz zu vergrößern. Mit solchem Schwindel wird also das Volk belogen.

## Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 1. Mai.

**Berlin.** Das Befinden des Kaisers war heute weniger gut als vorher. Das Fieber zeigt seit gestern ein wenn auch geringes Ansteigen. Dasselbe betrug gestern Abend 38,2 Grad. Heute früh war dasselbe nicht wie früher der normalen Temperatur gewichen, die Temperatur betrug vielmehr heute früh 38,1. Der Puls ist beschleunigt. Der Kaiser fühlte sich etwas matt und angegriffen, da der Schlaf in der letzten Nacht unruhig und wenig erquickend war. Auch der Appetit war gering. Mackenzie setzte heute früh eine neue Kanüle ein, die von der bisherigen wenig abweicht. Dem Kaiser wurde von den Aerzten empfohlen, das Bett heute nicht zu verlassen. Ein Wechsel des Aufenthaltes könnte unter solchen Umständen bisher nicht ernstlich in Frage kommen. Die Aerzte riethen auch an, daß sich der Kaiser fast völlig der Regierungsgeschäfte enthalte, da die tägliche Vollziehung von Hunderten von Regierungsakten durch die Namensunterschrift des Kaisers die Kraft desselben erheblich in Anspruch nimmt. Die Schriftstücke werden daher meist, wo dies überhaupt thunlich, von dem Kronprinzen mit der Bemerkung: „In Vertretung Sr. Majestät des Kaisers" unterzeichnet. Heute empfing der Kaiser den Reichskanzler. — Ueber die Unterredung des Reichskanzlers mit der Königin von England sind verschiedene Mittheilungen an die Oeffentlichkeit gelangt, die jetzt nach und nach dementirt werden. Die „Nordd. Allg." bezeichnet es heute als aus der Luft gegriffen, daß die endgiltige Regelung der Braunschweigischen Thronfolgefrage einen wesentlichen Theil der Unterredung gebildet habe. Reuter's Agentur bestreitet, daß die Battenbergische Angelegenheit berührt worden. Anarchistische Blätter vermuthen, daß internationale Maßregeln gegen den Anarchismus zur Sprache gekommen seien. — Die „Nat.-Ztg." betrachtet es als sicher, daß durch die Verhandlungen, welche die Kaiserin Victoria und Fürst Bismarck vorher geführt hatten, namentlich die Vermögensverhältnisse der drei königlichen Prinzessinnen auskömmlich geordnet wurden. Angeblich betragen die von dem Krontresor zu leistenden Zahlungen im Ganzen 7 Millionen. — Es heißt, die Kaiserin werde am Donnerstag den durch die Ueberschwemmungen heimgesuchten Theilen der hannöver'schen Elbmarschen einen eintägigen Besuch abstatten. — Die Subskription auf die neue egyptische Goldrente findet Donnerstag in London, Frankfurt a. M. und hier zum Kourse von 96½ statt.

**Wien.** Im Abgeordnetenhaus betonte der Unterrichtsminister v. Gautsch gegenüber dem Abgeordneten Dummreicher, seit Maria Theresia sei ein neuer Faktor wirksam geworden, die Verfassung. Dem Abgeordneten Herold gegenüber vertrat der Minister das Prinzip der Mäßigung und Gerechtigkeit und erklärte, er werde keinesfalls ein Herabdrücken des Bildungsniveaus des gesammten Unterrichtswesens zugeben, müsse aber auch die Finanzlage berücksichtigen; bei der Auflassung schlecht frequentirter Mittelschulen seien pädagogische Momente maßgebend. Sein allgemeines Programm sei: allen Völkern gebühre ein gleiches Wohlwollen, aber auch eine gleiche Rücksicht allen Bedürfnissen des Staates. Die Unterrichtsverwaltung dürfe nicht vom exklusiven Standpunkt einer Partei ausgehen, für sie sei einzig das Staatswohl das oberste Gesetz. Die Czechen und Klerikalen sind von dieser Rede sehr enttäuscht. Die Ersteren beschlossen, gegen das Unterrichtsbudget zu stimmen. Das Gerücht ging, Minister v. Gautsch wolle demissioniren.

**Paris.** Präsident Carnot verließ Vormittags von der dichtgeschaarten Menge begrüßt Rochefort, und wird Abends 7 Uhr hier zurückerwartet.

Die **Berliner Börse** eröffnete belebt aber abgeschwächt. Später trat eine Befestigung ein. Der Schluß war abermals schwächer. Von spekulativen Banken waren Berliner Handelsantheile, von inländischen Bahnen Marienburger bevorzugt. Fremde Renten waren wenig belebt, Egypter gut behauptet. Im Kassaverkehr waren Bahnen schwächer, Banken fest, Bergwerke und andere Industrien belebt und vorwiegend besser, deutsche Fonds und österreichische Prioritäten fest. Privatdiskont 1½ Prozent.

**Frankfurt a. M.**, 1. Mai. Credit 222,25. Staatsbahn 185,75. Lombarden 61½. Galizier 161,25. Egypter 81,10. 4proc. Ungar. Goldrente 78,10. Discونto 191,50. Wier Aktien —. Handelsg. —. Laura —. Schwach.

**Wien**, 1. Mai. Credit 277,80. Staatsbahn 232,00. Lombarden 77,50. Nordwestb. 159. Markноten 62,22½. Ung. Credit 279,00. Schwach.

**Paris**, 1. Mai. (Schluß.) Rente 82,17. Anleihe 105,70 excl. Italiener 96,15. Staatsbahn 470,00. Lombarden 177,50. do. Prioritäten —,—. Spanier 68. Egypter 414,68. Ottomanen 515,75. Neue Anleihe —. Türken —. Behauptet.

**Paris** (Produkten), 1. Mai. (Schluß.) Weizen per Mai 24,10, per Septbr.-Decbr. 23,00, ruhig. Spiritus per Mai 43,75, per Sept.-Dec. 42,75, ruhig. Rüböl per Mai 52,25, per September-December 54,25, ruhig.

**Amsterdam**, 1. Mai. Produkten (Schluß). Weizen per Mai —, per November 206. Roggen per Mai 104, per October 107.

## Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König**, in Begleitung Sr. Excellenz des Kriegsministers Generals der Kavalerie Grafen v. Fabrice, und Se. Königl. Hoheit der kommandirende General **Prinz Georg** wohnten gestern Vormittag 8 Uhr auf dem Kavaleriexercierplatze den Besichtigungen des 1. und 2. Bataillons 1. (Leib-) Grenadier-Regiments Nr. 100 bei, dessen 7. Kompagnie Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August als Kompagniechef befehligt.

— An Stelle des zum Amtshauptmann in Marienberg ernannten Regierungsrath von **Wilucki** ist der Reg.-Assessor der Amtshauptmannschaft Chemnitz von Burgsdorff von gestern ab zum Reg.-Rath und Hilfsarbeiter bei der Kreishauptmannschaft Zwickau ernannt worden.

— Der zeitherige Hilfsarbeiter im Finanzministerium, Oberfinanzrath Thuiskon Woldemar Reinhold v. **Mayer** und der Finanzrath bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Eduard Bruno **Schulze**, wurden zu Geheimen Finanzräthen im Finanzministerium, der Hilfsarbeiter bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Finanzassessor Ernst August Curt v. **Seydewitz**, unter gleichzeitiger Ernennung zum Finanzrathe, zum etatmäßigen Mitgliede, und der Direktionssekretär Assessor Ernst Richard **Donath** unter gleichzeitiger Ernennung zum Finanzassessor zum Hilfsarbeiter der genannten Behörde ernannt. Ferner wurde der Betriebs-Oberingenieur Friedrich Theodor **Peters** in Dresden, unter gleichzeitiger Ernennung zum Finanzrathe, zum Mitgliede der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, und der Bezirks-Ingenieur Paul Julius **Bach** in Leipzig zum Betriebs-Oberingenieur bei der genannten Behörde ernannt.

— Mit Recht werden in neuerer Zeit die Einrichtungen und Verhältnisse der höheren und niederen Schulen einer sorgfältigeren Beurtheilung vom hygienischen Standpunkte aus unterzogen, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Insbesondere ist dies nothwendig, wenn es sich um neue Organisationen handelt, weil es nicht selten vorkommt, daß dieselben sich durch ihre angebliche Zweckmäßigkeit empfehlen, ohne daß bei näherer Untersuchung es sich verhehlen läßt, daß man nur die Lichtseiten der Neuerung vorgeführt hat, die Schattenseiten aber entweder nicht sieht oder sie wenigstens nicht beachtet. Da hat sich nun in der letzten Zeit das **Zusammenlegen** sämmtlicher **Unterrichtsstunden** des Tages auf den Vormittag als eine Neuerung herausgestellt, der von manchen Seiten großes Lob gespendet wird, die jedoch hinsichtlich ihres wohlthätigen Einflusses auf Lehrer und Schüler sehr zweifelhafter Natur ist. Es ist richtig, daß für diejenigen Familien, welche auf einige Wochen oder während des ganzen Sommers einen Landaufenthalt nehmen, es sehr bequem liegt, wenn die Kinder des Nachmittags wegen der Schule nicht in der Stadt zu bleiben brauchen. Es mag sein, daß bei den Zöglingen der höheren Schulen, die über das 12. Lebensjahr hinaus sind, das Aufeinanderfolgen von 5 und noch mehr Lehrstunden weniger bedenklich ist, als bei den Schulkindern jüngeren Alters. Es mag sein, daß man durch mehrere Pausen während des zusammengelegten Vormittagsunterrichts die prinzipiellen Nachtheile desselben abzuschwächen bemüht ist. Aber mit diesem Allen ist nicht bewiesen, daß ein „zu viel" eben keine Ueberbürdung ist, die in erster Linie auf die körperliche Entwickelung, sodann aber auch auf die Frische und geistige Empfänglichkeit des Schülers nachtheilig wirkt. Schon unter den Lehrern werden solche nur ganz seltene Ausnahmen sein, die fünf Stunden hintereinander mit gleicher Rüstigkeit des Körpers und Spannkraft des Geistes Unterricht ertheilen können. Und wie viel leichter ermüden an Körper und Geist die jugendlichen Schüler und Schülerinnen! Wenn also z. B. der Turnunterricht als fünfte oder wohl gar als sechste Vormittagsstunde angesetzt ist (12 bis 1 Uhr oder gar noch später), da wird diese Stunde den Zöglingen zur Qual, anstatt zur Lust, und an zahlreichen Gesuchen um Dispensationen wird es nicht fehlen. Oder wenn in einer Schule die neuen Elementarschüler (6. bis 7. Lebensjahr) an einigen Tagen der Woche je vier Stunden hintereinander haben, so ist eine solche Einrichtung unbedingt zu tadeln. Sie kann nur dazu beitragen, die Lust, mit welcher die kleinen Studenten in den ersten Tagen des Schuljahrs in die Schule gehen, unwillkürlich sehr abzudämpfen und die rothen Wangen der hoffnungsvollen Sprößlinge erbleichen zu lassen. „Prüfet Alles, und das Beste behaltet!" das gilt auch bei der Frage wegen der Zusammenlegung der Unterrichtsstunden. Sie ist noch keineswegs gelöst; sie ist noch im Stadium des Versuchs. Aber soweit sind wir in den letzten Jahren gekommen, es als eine unbedingte Nothwendigkeit zu betrachten, daß während des schulpflichtigen Alters der heranwachsenden Generation die Sorge für die Gesundheit derselben nicht vernachlässigt werde. Denn es bleibt ein wahres Wort: „Nur in einem gesunden Körper ist die Seele gesund!"

— Montag den 30. April hielt der **Innungs-Ausschuß** zu Dresden, welchem gegenwärtig 35 Innungen angehören, eine Allgemeine Mitglieder-Versammlung in Meinhold's Sälen ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Drechsler-Obermeister Christoph vorerst mit warmen Worten der vielen Verdienste des Herrn Geh. Hofrath Ackermann um die Geltendmachung der Forderungen des Handwerkerstandes im deutschen Reichstage. Diesem Vorkämpfer der Innungen sei man den herzlichsten Dank schuldig, und um demselben einen dauernden Ausdruck zu verleihen, habe der Vorstand im Verein mit dem Allgemeinen Dresdner Handwerker-Verein beschlossen, gedachtem Herrn ein Dankschreiben zu überreichen. Durch einmüthiges Erheben von den Sitzen und

**Friedrich & Glöckner**
Zwingerstr. 15. Schäferstr. 74 und Löbtau.
Spec.-Geschäft f. Lacke, Firnisse u. Farbewaaren, eigene Fabrikation.